

Zweckverband-Satzung geändert

Breitband | Antrag von Torben Dorn findet keine Mehrheit

Schwarzwald-Baar-Kreis (fsk). Als »eine riesige Erfolgsgeschichte« bezeichnete der CDU-Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei den Zweckverband Breitbandversorgung Schwarzwald-Baar, und Adolf Baumann (FDP) fand ähnliche Worte. Auf der Tagesordnung der Sitzung des Kreistagsausschusses für Verwaltung, Wirtschaft und Gesundheit stand am Montag eine Änderung der Satzung des Zweckverbandes.

Wesentliches Element der Änderung ist eine Neuregelung der Finanzierung, die vor allem notwendig sei, wenn man Gewinn mache, erklärte Geschäftsführer Jochen Cabanis. Die rechtlichen Rahmenbedingungen hätten sich, geändert. Er sprach von 300 000 Euro Fixkosten. Diese sollen laut der neuen Satzung, die schließlich auch beschlossen wurde, künftig so geregelt werden: »Der Zweckverband erhebt von jedem Mitglied zu gleichen Teilen 50 Prozent des gemeinschaftlichen Finanzie-

rungsbedarfs als Betriebskostenumlage. Die anderen 50 Prozent werden vor Pachtaus-schüttung aus den Erträgen des Zweckverbandes gedeckt.«

»Wir wollen ein Modell finden, dass das Ganze fairer darstellt«, erklärte Jochen Cabanis. Wenn man die Pacht als Basis nehme, sei das am fairesten. Dem Vorschlag hatten die Bürgermeister zugestimmt. Während Thorsten Frei erklärte, die Satzungsänderung sei angebracht und richtig, hatte sein Fraktionskollege Torben Dorn einen weitergehenden Vorschlag. Er wollte die Betriebskostenumlage auf maximal 300 000 Euro festgelegt sehen. Das stellte Landrat Sven Hinterseh vor Herausforderungen. Er wisse nicht, ob sich das Regierungspräsidium mit einer solchen Festlegung einverstanden zeige, sagte er. »Es ist Unsinn, das zu beschließen, wenn wir nicht wissen, ob es richtig ist«, sagte Wolfgang Kaiser (Grüne). Ernst Reiser (Freie Wähler)

erklärte, er sei nicht geneigt, dem Vorschlag zuzustimmen und meinte, man solle an dem Kompromiss, den die Bürgermeister auf ihrer Versammlung gefunden hätten, nichts ändern. Es sei unterschiedlich, was in den einzelnen Gemeinden bisher gemacht worden sei, erklärte Cabanis. Wenn er aber den Auftrag erhalten würde, eine Strategie für 5G zu entwickeln, »kämen wir mit 300 000 Euro nicht hin.« Anton Knapp (SPD) konnte die Ängste nachvollziehen. Doch die Abstimmung brachte keine Mehrheit für den Antrag von Dorn.

Diskutiert wurde auch das Thema Personal. »Wir haben eine wahnsinnige Dynamik erreicht, wir müssen vielleicht die Kraft haben zu sagen: »Dieses oder jenes geht nicht, sondern erst in 15 Monaten. Wir müssen nach meiner Vorstellung die Kraft aufbringen, zu sagen: ›Wir werden auch mal ein bisschen kleiner, statt zu versuchen, das mit mehr Personal zu machen.««